

## Dramatische Entwicklung in den Krankenhäusern Ostdeutschlands

---

Sehr geehrte Frau Kollegin,  
sehr geehrter Herr Kollege,

kaum hat sich die Koalitionsregierung zu den Eckpunkten 2000 in nicht klar zu erkennenden Konturen geäußert, schlagen die Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst im Osten Deutschlands hohe Wellen. Wir alle waren der Ansicht, daß das Auseinanderklaffen der Schere zwischen den Einkommensverhältnissen westdeutscher und ostdeutscher Ärzte zu beenden sei. Ganz das Gegenteil wird zelebriert. Die Personalkostenentwicklung (BAT) und die veröffentlichten Veränderungsdaten für die Budgets der Krankenhäuser lassen die entstandene Schere deutlicher werden. Die besondere Dramatik ist aber aus der Anbindung der Krankenhausbudgets an die Entwicklung der Grundlohnsumme mit einer Veränderungsrate zu erkennen, die für die neuen Bundesländer mit minus 0,48 % negativ ausfällt. Die jüngsten Tarifabschlüsse führen für den Öffentlichen Dienst mit 3,1 % Steigerung zu einer deutlichen Personalkostenanhebung. Auch die in 1998 angehobenen Personalkosten durch 1,5 % Tarifsteigerung plus 1,5 % Ost-West-Anpassung (86,5 %) werden ganzjährig in 1999 nicht mehr abgedeckt. Der ostdeutsche Krankenhausbereich ist bei der geforderten Leistungsentwicklung damit stark strapaziert, und es ist abzusehen, daß besonders kleine Krankenhäuser dem Druck der geschaffenen Tatsachen nicht länger widerstehen können. Einsparung von Personalkosten, wie es zwangsläufig die Krankenhäuser kompensierend vorhaben werden, bedeuten Kürzung der Planstellen und Entlassungen in allen Krankenhausbereichen. Daß wir Ostdeutschen diese aufgezeigte Entwicklung nicht länger hinnehmen können, soll mit diesem Editorial nochmals unterstrichen werden. Die stark belastete Beschäftigungssituation in Ostdeutschland müßte täglich so manchem Politiker Schamröte ins Gesicht treiben, denn zwangsläufig entstehen durch Entlassungen weitere Einnahmeschwächungen für die GKV. Die Statistiken belegen, daß sich in den vergangenen Jahren bundesweit eine Ausdünnung von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung vollzogen hat. In ländlichen Regionen verlagern sich mehr und mehr Leistungen in entferntere Krankenhäuser mit höherer Versorgungsstufe. Diese aber haben höhere Kostensätze pro Fall, wie es übrigens auch in Ballungszentren bereits üblich ist. In den sächsischen Krankenhäusern sind zur Zeit ca. 48.000 Mitarbeiter tätig. In diesen strukturschwachen Territorien stellen sie die einzigen größeren regionalen Arbeitgeber dar.

Die Kammer ist davon überzeugt, daß bei der zunehmenden Intensivierung der Arbeit in den Krankenhäusern bei ständig sich verkürzender Verweildauer der Patienten ohnehin mindestens 20 % zu wenig Personal vorgehalten wird. Mit einer sich abzeichnenden rückläufigen Entwicklung der Finanzierungsbereiche wird der knappe Personalbestand weiterhin zunehmend gefährdet. Der Vorstand der Sächsischen Landesärztekammer appelliert deshalb an die politischen Entscheidungsträger, die hier aufgezeigten Mängel schrittweise abzubauen.

Prof. Dr. med. habil. Heinz Diettrich  
Präsident